

Wann erheben wir uns für die Freiheit

(aus dem Fernsehsessel)?

von Gerd Maas

Die Demokratie ist tot. Nicht gerade von den offenbarten Diktatoren gemeuchelt. Auch gar nicht direkt getötet, eher einfach gestorben. Mangels Zuwendung eingegangen. Die Demokratie ist eingegangen.

„[...] so können wir den Vorschlag, politische Institutionen zur Vermeidung der Tyrannie zu schaffen, zu entwickeln und zu schützen, das Prinzip einer demokratischen Politik nennen“, schrieb Karl Popper 1957. Das ist uns seitdem gründlich misslungen – uns, das heißt den westlichen, frühindustrialisierten Gesellschaften. Wohl haben wir vordergründig eine demokratische Verfassung gewahrt, die Verfasstheit der Bürger aber hat sich entdemokratisiert. Nicht durch Staatsstreich übernahm die Tyrannie die Geschicke, sondern ganz undramatisch und ohne öffentliche Zurschaustellung, quasi auf private Einladung. Dementsprechend war das nicht die Tyrannie der Unterdrückung, die Diktatur der Unfehlbarkeit, der Totalitarismus der Utopien, sondern die Tyrannie der Bequemlichkeit, die Diktatur der, wie Kant es nannte, selbstverschuldeten Unmündigkeit, der Totalitarismus der Unselbstständigkeit.

Die neuen Herrscher heißen Paternalismus und Massenkonsum – die Dogmen eines allumfassend sorgsamen Wohlfahrtsstaates mit seinen initiativlosen Glücksversprechen. Die regieren eben so über die Menschen wie der Großinquisitor zum wiedergekehrten Jesus in Dostojewskijs *Die Brüder Karamasow* sprach: „Oh, wir werden sie davon überzeugen, dass sie nur dann ihre Freiheit erlangen, wenn sie auf ihre Freiheit zu unseren Gunsten verzichten und sich uns anheimgeben. [...] Und dann werden wir Ihnen ein stilles, bescheidenes Glück gewähren, das Glück der Schwachen, wofür sie auch geschaffen sind.“

Und Etappe für Etappe ihrer Machtergreifung vergießen diese stillen, sanften Diktatoren der Selbstentmündigung das unschuldige Blut künftiger Generationen. Denn für ihre Kollateralschäden, die angehäuften Schulden, die unterlassenen Rückstellungen eingegangener Verpflichtungen, die mangelnde eigenhändige Vorsorge und die fehlende Nachhaltigkeit der Lebensentwürfe, für all das wird fraglos irgendwann einmal jemand büßen müssen. Und auch das wird für unsere Nachkommen Unfreiheit und Beherrschtheit bedeuten. Die Diktatur der Altlasten. Wegen ihrer tatsächlichen Ausweglosigkeit und weil man nicht einmal mehr gegen

jemanden revoltieren könnte, eine besonders grausige Tyrannie. Die Entdemokratisierung grassiert also nicht nur, sondern potenziert sich gar.

Als Anhalt sei hier nur einmal die explizite Staatsverschuldung angeführt: In Deutschland beläuft sie sich Anfang 2011 auf 1,9 Billionen Euro; pro Kopf sind das 24.000 Euro, egal ob Neugeborener oder Greis. Nachdem man zudem der ungezügelten und über Jahrzehnte lieb gewonnenen steten Neuverschuldung frönt, ist das allein aufgrund der Zins- und Zinseszins-Lasten ein Vermächtnis des programmierten Untergangs.

Oder die politische Sorglosigkeit im Umgang mit Jahrhundertausende zu verwahrendem Atommüll. Ebenfalls in erster Linie eine freiheitsraubende Bürde zahlloser künftiger Generationen – sei es weil die „End“lagerung schier endloser Obhut bedarf oder weil da andernfalls eine tödliche Büchse der Pandora schlummert.

Aber nicht nur in ferner Zukunft, auch heute schon tritt die Erosion der Freiheit im Wohlfahrtswunderland offen zutage. Das grunddemokratische Recht, die politischen Führer und deren Politik jederzeit hinterfragen oder abwählen, also mitbestimmen zu können, ist bereits weitreichend zur formalen Scheinbeteiligung verkommen. „Alternativlos“ hieß das Unwort des Jahres 2010. So verstehen die Regierenden ihre Maßnahmen und genau so verstehen die Regierten ihren Handlungsspielraum. Sie engagieren sich politisch allenfalls noch mit der Wahlentscheidung zwischen Parteien, die sich bestenfalls programmatisch unterscheidbar profilieren wollen, tatsächlich als Regierung aber alle gleichermaßen die Unfreiheit ausbauen, im Namen der sorglosen Wohlfahrt der Wahlberechtigten. Wo keine Wahl bleibt – sei es aus Mangel an Optionen oder aus phlegmatischer Schicksalsergebenheit – wird nicht gewählt.

Bei linearer Fortschreibung der Wahlbeteiligungen wird zum Beispiel bereits in zwei Generationen, im Jahre 2074, kein einziger EU-Bürger mehr das Europäische Parlament wählen wollen. In Sachsen-Anhalt gingen 2006 nur 44,4 Prozent der Wahlberechtigten zur Landtagswahl. Fast die Hälfte der Hamburger hat sich jüngst nicht an der Bürgerschaftswahl beteiligt. Den Bundestag wollten 2009 nur 70,8 Prozent der Wahlberechtigten mitbestimmen, so wenige wie noch nie zuvor. 18,2 Millionen Nicht-Wähler, nicht einmal die größte Wirtschaftskrise nach den Weltkriegen konnte sie motivieren. Keine Beweise, wohl aber Indizien.

Nicht Politikverdrossenheit, sondern Politikverweigerung herrscht allenthalben. Politikverdrossenheit ist ja auch ein Unwort, man könnte dann genauso gut gleich Lebensverdrossenheit sagen. In einem demokratischen System ist Politik keine Option, von der man sich verdrossen abwenden könnte. Politische Teilhabe ist unerlässlicher Bestandteil. Die demokratische Gesellschaft existiert nur von der Teilhabe ihrer Gesellschafter. Die inflationäre Diskussion über wachsende Politikverdrossenheit zeigt uns, wie sehr wir schon die Geschicke den Realpolitikern,

Bürokraten und Kommissaren überlassen haben – den Paternalisten, für die Freiheit in erster Linie Sand im ausgeklügelten Umverteilungssystem einer fixen Idee von sozialer Gerechtigkeit ist.

Schon Platon (und nach ihm viele mehr wie Morus oder Marx) rechtfertigte die Unfreiheit mit dem Ziel nach Wohlstand und Gerechtigkeit und nannte alles ungerecht, was nicht der allgemeinen Wohlfahrt dienlich war. So ist der Wohlfahrtsstaat sogar per Definition ein totalitäres Regime. Und genauso werden heute staatliche Interventionen von der Abwrackprämie, über das Antidiskriminierungsrecht, die Frauenquote und den Mindestlohn bis hin zur Erfindung neuer Zweige der Sozialversicherungspflicht allein mit dem vorgegeben moralisch hochstehenden Streben nach sozialer Gerechtigkeit gerechtfertigt. Aber Welch eine Anmaßung. Welcher Politiker, welches Ministerium, welches Amt hätte denn die Weisheit ausreichend mit Löffeln gefressen, dass er/es immer wüsste, was derart en detail gerecht wäre? Geschweige denn, welche Gerechtigkeit da jeweils gerade das Soziale in der Gerechtigkeit ausmache? Leistungs- oder Leistungsfähigkeitsgerechtigkeit? Chancengerechtigkeit oder die Gerechtigkeit der öffentlichen Gleichbehandlung aller Bürger? Die Gerechtigkeit jeden Tag zwei, besser drei Schnitzeln essen zu dürfen oder die Gerechtigkeit sich seine Schnitzeln unbehelligt verdienen zu können? Die Gerechtigkeit gemeinsamer Verantwortung und eines fairen Lastenausgleichs? Oder die Gerechtigkeit als Eltern und Unternehmer den weitaus größten Teil aller Burden des Gemeinwesens schultern zu müssen und die Gerechtigkeit der beliebigen individuellen Entfaltung, aus der immer öfter Kinderlosigkeit, Schwarzarbeit und Steuerflucht resultiert?

Meistens ist aber mit dem Ruf nach sozialer Gerechtigkeit eigentlich das Streben nach der allgemeinen Gleichheit aller Lebensverhältnisse gemeint. Die Klügeren unter diesen Rufern träumen von Utopia – dem Inbegriff des absolutistischen Wohlfahrtsstaates –, die Dümmeren vom real existierenden Schlaraffenland (wenn sie etwa ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe eines heutigen Durchschnittseinkommens fordern). Beide ohne den Dunst einer Ahnung, geschweige denn von historischen Belegen, woher dann noch Kreativität, Schaffenswille und Leistungsbereitschaft kommen können, oder wer die vom Himmel fallenden Täuben vorher braten soll.

Der Trend zur Dogmatisierung der sozialen Gerechtigkeit an sich ist schon verheerend für die Freiheit. Jeder, der dagegen aufgelehrt, wird postwendend in die Schäm-dich-Ecke der moralisch niederen Gesinnung gestellt. Zusammen mit der vagen Definition des Begriffs „soziale Gerechtigkeit“, dessen Bedeutungsraum sich als „gefühlte soziale Gerechtigkeit“ schier endlos ausdehnen lässt, wird daraus faktisch Zensur. Das Staatsziel der sozialen Gerechtigkeit in Frage zu stellen, bedeutet Ketzerei. Und wie Dostojewskij's Großinquisitor würden auch wir einen

wieder Mensch gewordenen Christus auf den Scheiterhaufen werfen wollen, weil er die Freiheit predigt und als Stifter eines Gemeinwesens nur eigenwillige Nachfolger sucht, statt die Menschen zu führen wie eine Herde dummer Schafe, die man für ihr Glück auf der Weide einpferchen muss.

Selbstverständlich basiert unsere Kultur aber auf einem prägnanten Konsens von Grundrechten und auf dem Bewusstsein einer abendländischen Grundethik. Bei der Begründung von Subventionen zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschsprachigen Kinofilms, von Gründungszuschüssen für arbeitslose Existenzgründer, von Rundfunkgebühren oder zur Erklärung des steuerbegünstigten Agrardiesels oder der Pendlerpauschale kommt man aber mit der Bergpredigt oder dem kategorischen Imperativ nicht wirklich weiter. Was wir aber wohl aus diesen ethischen Urprinzipien unserer Gesellschaft schließen können, ist die überragende Bedeutung der Eigenverantwortung selbst entscheidender Individuen. „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“, verlangt genauso unbedingt einen autonom Handelnden wie die Worte Jesu: „Ihr seid das Salz der Erde. Wo nun das Salz dumm wird, womit soll man salzen.“ Christus entbindet uns gerade nicht von der Last der eigenen Verantwortung. Die Vergebung der Sünden wird sich erst beim jüngsten Gericht erweisen. (Nur durch die Naturgesetze ist die menschliche Autonomie begrenzt. Was uns aber wiederum auch nicht aus der Haftung entlässt. Dass eine Tasse Kaffee nach unten fällt, wenn wir sie fallen lassen, ist unvermeidlich, nicht aber, dass wir sie nicht unversehrt auf dem Tablett balancieren könnten.)

Wie dumm das Salz der Erde in der Tat inzwischen geworden ist, kann man am medialen Überfluss der Niveaulosigkeit sehen und am horrenden Konsum der vorherrschenden Fernsehverblödung. Bis zu 10 Millionen – jeder zehnte Deutschsprachige (!) – wollten zum Beispiel Anfang 2011 zum wiederholten Male die perversen Bloßstellungen abgetakelter Sternchen und öffentlichkeitssüchtiger Ex- und Möchte-gern-Promis im Dschungelcamp sehen. In Kakerlaken suhlen, mit Aalen baden, in Spinnen, Skorpionen, Schlangen oder Ratten wühlen, unter Fischinnereien und Fischabfälle tauchen, den wogenden Busen mit Schleim duschen oder lebendige Regenwürmer, Grillen und Mehlwürmer, Krokodils-, Schafs- und Fischäugen, einen Krokodil-Penis (am Stil), eine Kamel-Anus und Hirsch-Hoden essen und dazu gequirlte Maden und Mehlwürmer oder vermatschte Tiergenitalien, pürierte Emu-Leber und Rattenhirn trinken. Was soll man da noch viel dazu sagen?

Durchschnittlich vier Stunden schauen die Deutschen, vom Kleinkind bis zum Rentner, jeden Tag fern. Und es wird stetig mehr. Zusammen mit inhaltslosem Internet-Gezwitscher bleibt da für rund zwei Drittel der gesamten Bevölkerung (die Durchschnitts- und Vielseher) wohl gerade noch genug Zeit, um im Restleben die

unerlässlichen vitalen Notwendigkeiten sicherzustellen. Das Hauptleben findet gebohlen und verklumt vor dem Bildschirm statt.

Das Streben jeder totalitären Herrschaft ist es, ideale Bürger zu schaffen. Mit der wachsenden Zahl medial dauerseidierter Konsumenten hat sich das im paternalistischen Wohlfahrtsstaat bereits hinreichend verwirklicht.

Wen wundert's, dass solches Volk nach einem staatlichen Über-Ich lechzt. Das entbindet seine Untertanen von allen essentiellen Belangen in der Daseinsvorsorge. „An die Stelle eigenverantwortlicher Lebensführung in ethischer Souveränität tritt der politische Paternalismus, tritt die Glücksdespotie der totalitären Menschheitsbeglückter“, schrieb der Philosophieprofessor Wolfgang Kersting in seiner *Verteidigung des Liberalismus* (2009). Von Bildung und Erziehung, über die Arbeitsvermittlung und die Vertragsfreiheit bis zur Pflichtversichertheit gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit oder für das Recht auf altersbedingte Arbeitsniederlegung, überall kann oder muss gar die eigenverantwortliche Entscheidungsfreiheit an die öffentliche Hand übertragen werden. An vielen anderen Stellen verzichtet der überegoistische Staat sogar auf eine wie auch immer geartete Gegenleistung, wenn er seinen Segen austeil – bei bedingungslosen Sozialtransfers an Arbeitsfähige zum Beispiel, mit der Übernahme der Verluste des Kasino-Kapitalismus oder bei Rettungsaktionen für Konzerne, die von ihren hochkarätig steuerhinterziehenden, haftungsfreigestellten, aber unfähigen Managern in den Bankrott getrieben wurden. Wen wundert es da wirklich, dass sich niemand um die Zukunft schert, wenn niemand verantwortlich mit der Zukunft befasst ist.

Was aber ist nun zu tun? Wann und vor allem wie erheben wir uns für die Freiheit? Wo ist der westliche Tahrir-Platz?

Als aller erstes bedarf es wohl endlich einer politischen Kraft, die sich ausdrücklich der Freiheit als höchstes Gut eines Gemeinwesens verschrieben hat. Und diese nicht nur im Namen trägt, sich aber tatsächlich nationalsozialistisch geriert – wie in Österreich und den Niederlanden – oder aber – wie in Deutschland – das Credo und den liberalen Tatendrang regelmäßig der Realpolitik und dem Machterhalt opfert. Es fehlt heute eine Partei, die weiß, dass Wohlstand aus Freiheit entsteht und nicht umgekehrt. Die eine dementsprechende Vorstellung des Staatswesens verfolgt und sich schlimmstenfalls dafür auch standhaft abwatschen lässt. So dass die Freiheit einmal wirklich wählbar wäre. „Für den politischen Liberalismus gilt die Maxime *too important to fail*, selbst wenn es für *too big to fail* nicht reicht“, leitartikelte Peter Sloterdijk Anfang April 2011 in der *ZEIT*.

Wirklich zu retten ist die Freiheit aber wohl nur, wenn sie in leidenschaftlichen Herzen getragen wird. Ohne Begeisterung lassen sich Denkstrukturen nicht erneuern. Deswegen muss es gelingen, den schleichenden Totalitarismus des paterna-

listischen Wohlfahrtsstaates aufzudecken. Nur eine erkennbare Herausforderung schafft den Enthusiasmus, diese Aufgabe bewältigen zu wollen. Den Enthusiasmus sich zu artikulieren, zu demonstrieren und, nein nicht zu revoltieren. Unser Gemeinwesen ist durchaus noch demokratisch angelegt, da bedarf es keines Umbruchs des Systems, sondern es braucht Enthusiasmus für politisches Engagement in diesem System. Ein Enthusiasmus wider die grassierende Verpönung des Politischen.

Die Reform ist die Revolution in der Demokratie. Der Umbau, nicht der Umsturz. Das klingt natürlich gleich weniger zündend. Das aber ist die Herausforderung: der Freiheit im demokratischen Prozess des politischen Wandels eine zündende Stimme zu geben. Die auf Parteien basierende repräsentative Demokratie ist ständig fehlbar, aber das bisher erfolgreichste und auch freiste System des menschlichen Zusammenlebens. Liberalisierung darf also hier nicht nach der Überwindung der Parteidemokratie streben, sondern nach möglichst großem Einfluss auf die parteiische Interessenvertretung. Nicht für Rebellionen müssen Streiter gewonnen werden, sondern für streitbare Kampagnen. Da wo sich Unfreiheiten manifestieren, die auch tatsächlich Unmut erzeugen, aber effektiv keinen politischen Widerhall finden, da müssen Anlässe geschaffen werden, an denen sich eben jene Unmutigen beteiligen wollen und die Aufmerksamkeit erzeugen. Demokratische Willensbildung basiert auf Mehrheiten – allerdings nicht auf tatsächlichen Mehrheiten, sondern auf den wahrgenommenen. GREENPEACE war und ist hier für den ökologisch nachhaltigen Wandel beispielgebend. Wer macht mit bei FREEPEACE?

Gerd Maas ist Unternehmer und Publizist
(Autor von *Dekadenz. Und wider die Dekadenz: Eine neue Anstrengung für Deutschland*, Norderstedt 2009);
auf www.gerd-maas.de blogt er unter dem Titel „Neues aus Absurdistan“.

Maas ist Mitglied der Wirtschaftspolitischen Kommission
der JUNGEN UNTERNEHMER – BJU sowie Regionalvorsitzender für
DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU in Südstbayern
und im Rosenheimer Kreisvorstand des BUND DER STEUERZAHLER

KONTAKT:
Gerd Maas
c/o Maas GmbH – Gewerbegebiet Schwabering 16 – D-83139 Söchtenau
Tel. +49 (0)8053 / 799 546 – Fax +49 (0)8053 / 799 547
eMail g.maas@maas-projekt.de